

Rede Gerd Will

Plenum 23. Januar 2014

Die A 39 ist von großer wirtschaftlicher und verkehrlicher Bedeutung für Niedersachsen –

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/447 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 17/992 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/1156

Anrede,

bereits zum Top 20 haben wir uns ausführlich zur A 39 geäußert. Unsere Position dazu hat sich nicht geändert. Bereits 2005 haben wir uns in einer Initiative der SPD-Fraktion zur Planung und zum Bau dieser Autobahn grundsätzlich positiv positioniert.

In Ihrem Antrag stellen Sie fest, dass die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme gegeben ist, bei einer derzeitigen Baukostenschätzung von ca. 1,1 Milliarden Euro

Alle sieben Abschnitte sind zur Zeit in der Planung. Der am weitesten fortgeschrittene Abschnitt ist die Umfahrung Lüneburg. Genügend Planungsmittel stehen auch zur Verfügung. Das hat der Vertreter des Ministeriums uns im Wirtschaftsausschuss ausdrücklich bestätigt.

Was soll also Ihr Antrag? Er ist von der Wirklichkeit und dem entschlossenen Handeln der Landesregierung längst überholt. Ich empfehle Ihnen, den Antrag schnell zurück zu ziehen, denn er beschreibt Selbstverständlichkeiten.

Zudem ist er widersprüchlich. Einerseits sprechen Sie von der großen wirtschaftlichen und verkehrlichen Bedeutung der A 39 und, dass deshalb die Planung zu beschleunigen sei. Andererseits schränken Sie sich in ihren Forderungen selbst ein, wenn Sie fordern, dass sich die Landesregierung zum Neubau der A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg bekennen soll, wenn die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme gegeben ist. Was denn nun? Sie müssen sich schon entscheiden.

Sie sprechen selbst von einem Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1,9 in Ihrem Antrag. Wenn aber die Wirtschaftlichkeit gegeben ist, wird auch gebaut.

Allerdings nur unter der Voraussetzung ausreichender Mittelbereitstellung durch den Bund.

Derzeit ist nicht überschaubar ob 1,1 Milliarden Euro bei günstigster Prognose in den nächsten Jahren, wenn die Baureife der A 39 erreicht sein wird, überhaupt ausreichend zur Verfügung stehen.

Im Koalitionsvertrag steht zwar die Absicht, die Mittel für den Ausbau der Bundesfernstraßen zu erhöhen. Allerdings steht auch darin, dass der Erhalt vor Ausbau an erster Stelle stehen soll.

Noch ist ungeklärt, ob die Maut für bestimmte Nutzer überhaupt EU-rechtskonform sind.

Dann kommt danach auch die A 20, die sogenannte Küstenautobahn, die allein wegen der Elbquerung mit ca. einer knappen Milliarde Euro und ihrer Länge noch wesentlich teurer werden wird. Auch hier ist die Finanzierung durch den Bund noch offen.

Sie sollten nicht beim Verkehrsminister und der Landesregierung ein zehntes Bekenntnis zu diesen Maßnahmen anmahnen, sondern sich besser mit dafür einsetzen, dass der Bund ausreichend Mittel für den Bau bereit stellt.

Ihr Antrag ergibt nichts Neues. Er kommt zu spät. Die Landesregierung handelt längst auch ohne ihn. Ziehen Sie ihn besser zurück.